

Verfahren führte zu Ergebnissen, die sich mit Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbaren lassen.“

Es waren Beschwörungen eines liberalen Rechtsstaates, der den Freiheitsrechten des einzelnen Vorrang einzuräumen habe vor der Übermacht der Ämter — goldene Worte aus der Vergangenheit.

Leere Worte, wie seit Freitag letzter Woche feststeht. Mit einem Machtwort entschied der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe den jahrelang schwelenden Streit, wer Beamter werden oder bleiben darf. Dabei wischte der Senat (Vorsitzender BVG-Vizepräsident Walter Seuffert, SPD) vorangegangene Beschlüsse der Ministerpräsidenten, wohlmeinende Absichtserklärungen einzelner Politiker und Parteitageentscheidungen zum Thema Radikale im öffentlichen Dienst vom Tisch.

Zwar, Seuffert und Verfassungsrichter Hans Rupp, SPD-nahe, wollten allzu kurzen Prozeß verhindern. In Sondervoten wehrten sie sich dagegen, daß bloße Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei den Zugang zum öffentlichen Dienst versperre. Aber — dem Urteil insgesamt gaben auch sie ihr Placet.

Einmal mehr — wie schon im Streit etwa um den deutsch-deutschen Grundvertrag oder die Abtreibung — setzten sich die Karlsruher Richter über sozialliberale Regierungspolitik hinweg und veränderten, von einem Tag auf den anderen, mit ihrem Spruch die politische Landschaft.

Nach waffenklirrendem Aufgebot für die Sicherheit der Republik, der Verschärfung von Strafgesetzen und fragwürdiger Verkürzung von Rechten Beschuldigter und ihrer Anwälte, nach einer kaum mehr ausgewogenen Prozeß- und Urteilspraxis von Gerichten in BM-Sachen gab nun Karlsruhe dem Schlagwort von der Tendenzwende neuen Auftrieb: Der Staat macht Front gegen seine Gegner — aber auch gegen jene, die er in der Eile dafür hält.

Unbestritten war auch bisher schon, daß Feinde des Staates nicht zugleich seine Diener sein können. Doch die Suche nach rechtsstaatlichen Kriterien dafür, wer zu den Feinden zählt, war bisher stets die Mühe wert. Die Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei konnte allenfalls Zweifel an der Verfassungstreue wecken, die der Staat nach dem Willen liberaler Politiker im Einzelfall zu begründen hatte, der Bewerber aber noch zerstreuen konnte.

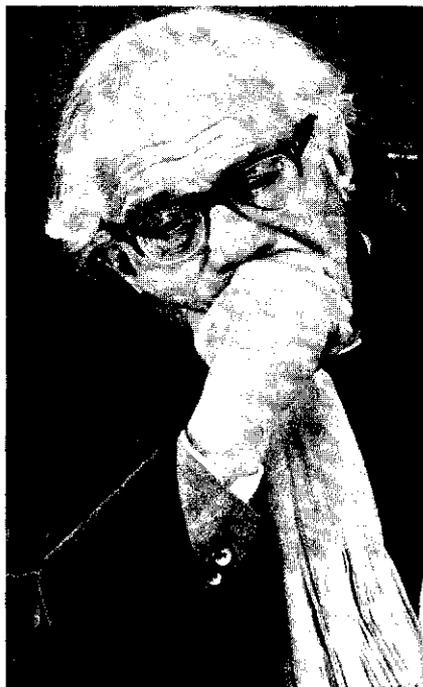
Damit soll künftig — Quintessenz der Karlsruher Spruchweisheit — Federlesens nicht mehr gemacht werden. Denn nach dem Diktum des Gerichts

▷ kann allein schon die Mitgliedschaft in einer Partei, die als verfassungsfeindlich gilt, ein unüberwind-

liches Hindernis für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst sein;

▷ kommt es nicht darauf an, daß das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsfeindlichkeit einer solchen Partei vorher festgestellt hat (obwohl dasselbe Gericht 1961 noch das Gegenteil für Recht befunden hatte);

▷ hat die politische Treuepflicht des Beamten zum Staat Vorrang vor dem Parteienprivileg. Sie erfordere, „daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Ver-



BVG-Vizepräsident Seuffert
Trotz Sondervotum zugestimmt

fassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren“;

▷ „rechtfertigt bei Beamten auf Probe und bei Beamten auf Widerruf die Verletzung der Treuepflicht regelmäßig die Entlassung aus dem Amt. Bei Beamten auf Lebenszeit kann wegen dieser Dienstpflichtverletzung im förmlichen Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Dienst erkannt werden“;

▷ gelten diese Grundsätze nicht nur für Beamte, sondern auch gleich für Angestellte im öffentlichen Dienst;

▷ sollen Ausnahmen nicht einmal dort zulässig sein, wo — wie für Juristen, die durchaus nicht alle Staatsdiener werden wollen — der Staat das Ausbildungsmonopol hat. Mit Referendaren, die nicht einmal Beamte auf Widerruf werden sollen, kann der Staat notfalls private Anstellungsverträge abschließen;

▷ „entscheidet die Einstellungsbehörde über den Antrag auf Übernahme

in das Beamtenverhältnis, ohne verpflichtet zu sein, vorher den Bewerber zu ihren Zweifeln anzuhören. Bei dieser Entscheidung gibt es keine Beweislast“.

Zwar sollen für die Überprüfung eines Bewerbers in den Vorbereitungsdienst keine Verfassungsschutz-Dossiers verwendet werden — das könnte, wie auch die Karlsruher Richter wissen, „die politische Atmosphäre vergiften“ und „nicht nur die Betroffenen in ihrem Vertrauen in die Demokratie irritieren“. Eine Passage freilich, die sich im Kontext des gesamten Urteils eher wie ein Alibi liest.

Kaum mehr als ein schwacher Trost mag manchem Bewerber für den öffentlichen Dienst die Tatsache gelten, daß die Wirklichkeit des Jahres 1975 das Karlsruher Urteil in einigen Punkten schon obsolet gemacht hat. Denn die Löcher in öffentlichen Kassen haben ohnehin zu einem weitgehenden Aufnahmestopp geführt. Chancen haben heute nur noch wenige mit den besten Zeugnissen: Diese Kandidaten werden ihre Hoffnungen kaum durch radikale Bekenntnisse aufs Spiel setzen.

Andererseits: Wer es wirklich darauf anlegen sollte, als Beamter den Staat von innen zu attackieren, dürfte künftig kaum so töricht sein, das Mitgliedsbuch einer verpönten Partei unterm Arm zu tragen; er tritt gar nicht ein.

In Bonn löste das Karlsruher Verdikt Ende letzter Woche Trotz und Ratlosigkeit aus. Gerhart Baum, Staatssekretär im Innenministerium, forsch: „Wir können uns über das Urteil hinwegsetzen, und wir werden es auch tun. Denn da steht nur ein Minimum drin. Ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit ist immer möglich.“ Detlef Kleinert, Rechtsexperte der FDP, war eher auf Moll gestimmt: „Wir unterscheiden allmählich zwischen verfassungsgerichtlichen und verfassungsrechtlichen Gründen.“

VERBRECHEN

Fleisch dran

Ein vierfacher Frauenmord in Hamburg half der örtlichen Boulevardpresse, die Sommerflaute zu überbrücken. Allen Blättern voran: „Bild“.

Die Hundstage kündigten sich schon im Juni an: Immer nur die gleichen Themen, KSZE, Aufschwung, Ruhe an den Sinai-Pässen, Krach hingegen in Lissabon. Wochenlang schien — Alptraum aller Boulevardblatt-Macher — weit und breit nichts los.

Da schließlich, Freitag vorletzter Woche, kamen Knüller in Sicht: „Vier Frauen“, konnte „Bild“ vermelden, „von Nachtwächter geköpft und zerhackt.“

Und wie: „Hat er sie erschlagen, mit seinen riesigen Schaufel-Händen er-

würgt oder bei lebendigem Leibe zersägt?“ Für Springers Hamburger „Bild“ waren solche Ungewißheiten nicht von Dauer. Mit bewährtem Blick fürs Detail klärte das Blatt den Fall, tagelang auf jeweils drei süffigen Seiten.

„Anrühige Einzelheiten aus der düsteren Welt des Massenmörders“ wurden aufgedeckt, und liebevolle Aufmerksamkeit galt noch solchen Beobachtungen, die auf den ersten Blick peripher erscheinen mochten („Er trampelte auf Schallplatten herum“). „Zungen-Elli“ vom Kietz kam zu Wort und auch die Wissenschaft. Psychiater Hans Bürger-Prinz über den mutmaßlichen Tatalöser: „Kann aus einer sexuellen Erregung heraus kommen. muß aber nicht.“

Das machte gespannt, und „Bild“ stieg ein, wie nicht mehr seit den glorieichen Vorjahrskampagnen um das „Mordgeheimnis der lesbischen Frauen“ und den Vampir („Qualte lebendes Opfer im Sarg“). Zwar, die örtliche Konkurrenz war auch nicht faul: Teamweise rückten Lokalreporter auf Recherche aus, und „Morgenpost“ wie „Abendblatt“ hoben, nach „Bild“-Vorbild, spontan Serien zum Thema Massenmord ins Blatt. Doch daß die „Bild“-Mannen so bald keiner übertrifft, wenn es gilt, den Journalismus „in der Magengrube zu spüren“ (Ex-Chefredakteur Peter Boenisch), war schnell klargestellt.

Tatsächlich schien, was den Blattmachern da so saftig aufstieß, ein dankbares Objekt. In der Wohnung des Hamburger Wachmannes Fritz Honka, 39, hatten Kriminalpolizisten die verstümmelten und teils mumifizierten Überreste von vier Frauen gefunden. Die Tötung von dreien, in der Zeit seit 1970, gestand der Beschuldigte. Alle Ermordeten waren Frauen um die Fünfzig aus dem Straßenstrich-Milieu von St. Pauli. Schließlich: Der Ort der Leichenfunde. Zeißstraße Nr. 74, liegt im Sanierungsviertel hinter dem Altonaer Bahnhof, das im Volksmund „Mottenburg“ heißt und immer mehr von Heruntergekommenen, Verlassenen und Gasterbeiterfamilien bewohnt wird.

Vor solch dubiosen Hintergrund schwoll denn auch der „Blaubart von Mottenburg“ („Abendblatt“) flugs zum Monster, die Zahl der Opfer ins wömmöglich Ungeahnte: Zwischen den beiden ersten ermittelten Tötungen vergingen viereinhalb Jahre. Da soll man doch, gell, „einfach nicht glauben, daß so ein perverser Sadist... einfach viereinhalb Jahre Pause macht“ („Bild“).

„Bild“ entdeckte „ekelhafte Hände“ sowie „riesige Fingernägel, die zu breiten, langen Krallen nach vorn gewachsen sind“. Diese Tatwerkzeuge schlugen mal „blindlings zu“, mal sind sie „brutal unter ihren dünnen Rock“ gefahren oder haben „an den Leichen rumgeschneppelt“, wie der Verhaftete

vor der Mordkommission gestanden haben soll.

Polizeibeamte, die da etwa durch wortkarge Auskünfte den Informationsfluß eindämmen wollten, wurden streng vermahnt — wie beispielsweise der Kripochef durchs „Bild“-Schwesterblatt „Die Welt“. „Zum Glück“ aber, frohlockte die „Welt“, „gäbe es in der Hansestadt „noch Beamte, deren geistiger Horizont weiter reicht“. Wo aber der Horizont selbst dieser Informanten den Springer-Blättern nicht weit genug spannte, da wurde ein wenig angeflickt. Ein Kriposprecher: „Die machen dann da noch ihr Fleisch dran.“

zum Unhold „nee“ gesagt und eine andere auch, obwohl der Kavaliere Pony spendierte: „Mir fiel sein scharfer Blick auf.“

Zu den Klängen von „Una Paloma Blanca“ hat er hier seine Tänzchen geschoben, wenn er nicht gerade in Reithose, Stiefeln und gekniffener Mütze war („Bild“: „Er wollte wie ein SS-Mann aussehen“). Oder wenn er nicht gerade „hinter einem roten Vorhang in einer schummerigen Nische“ lauerte, auf Frauen nach seinem Geschmack: „verlebt, aufgedunsen, häßlich“. Und schlimmer noch: Der Mörder, so läßt die Zeitung „einen Hamburger Kriminalisten“ berichten, „suchte wahr-



„Bild“-Schlagzeilen zum Fall Honka: Täglich drei süffige Seiten

Über die Vernehmungsarbeit der Mordkommission liest sich „Bild“, als hätten Reporter Mäuschen gespielt. „Unaufhörlich knetete er seine großen Pranken“, und dann erzählt der „Mörder mit dem Menjoubärtchen“ bei Mettwurstbrötchen und Kaffee „von seinen blutigen Lustmorden“. Dabei wandern die „schielenden Augen“ über die graue Wand — „wie gehetzt“ —, bis eines von ihnen schließlich „starr auf dem Schlips eines Beamten“ haftet. „das andere blickt zum Fenster im 7. Stock hinaus auf die Kirchtürme der Stadt“.

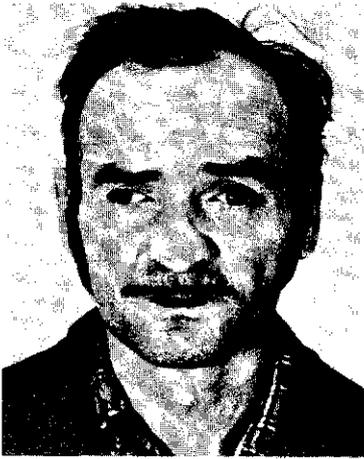
In die Abgründe des beklagenswerten Treibens, das sich im Schatten dieser Türme verbirgt, tat „Bild“ gern den einen und den anderen erhellenden Griff. Der Nachwächter hatte nämlich dort verkehrt, wo St. Pauli am schäbigensten ist. „Fünf-Marks-Nutzen“ roch indigniert das Blatt, in dessen Inseratenecke es mit „Hostess“ und „frz. Model“ alleweil gepflegter zugeht.

In der Kneipe „Zum Goldenen Handschuh“, von wo „der Massenmörder die Frauen holte“, tat „Bild“ sich unter den Nichtgeholtten um. „Das einzige St.-Pauli-Mädchen mit tätowierten Rosen auf den Brüsten“ wurde einvernommen („Teddys schwere Brüste ruhten auf der Tischplatte“). Teddy hatte

scheinlich zahnlose Frauen, weil er beim Verkehr Angst um seine ohnehin geschwächte Männlichkeit hatte“.

Daß er dabei sowenig Hemmungen zeigte wie seine Typen Zähne, belegt „Bild“ mit Recherchen aus dem Milieu. „Unglaublich brutal“ sehen den Wachmann frühere Weggefährten, „nicht für zehn Pfennig Feingefühl“ war da; aber nach „abartigem Sex“, immerhin, „gab's rote Rosen“. „Bilds“ kleines Pandämonium rundet sich schließlich mit „glutvollen Verheißungen aus dem Schatzkästlein lesbischer Liebeskünste“, die am Rande auch noch zur Sprache kommen. „Zungen-Elli“ bezeugt's: „Lesbischer Lockvogel besorgte dem Mörder die Frauen.“

Unheimlich am Monster blieb, daß es sich andererseits auch menschlich gab — ein „liebervoller Familienvater“. Der rauchte mit Filter, schlief sonntags morgens lange und aß „eigentlich alles, was auf den Tisch kam“. Ein 18jähriger Sohn existiert auch, „der arme Junge!“. Dessen Leben im kleinen Heidedorf, so barnt es „Bild“, sei „jetzt ein Spießbrutenlaufen“. „Bild“-Leser freilich ahnen auch warum. Denn das Blatt hatte zuvor den Namen des Ortes verraten, an dem Blaubart mit einer damals 21jährigen Frau Margot das uneheliche Kind zeugte — für



Mordverdächtiger Honka
„Nicht für zehn Pfennig Feingefühl“

ortsansässige Heidjer natürlich kaum ein Erinnerungsproblem.

Auch sonst ließ das Boulevardblatt durchblicken, daß es schon mal nachhilft, wenn sich die Knüller nicht von selbst ereignen. Da posaunte „Bild“ den Termin hinaus, an dem der Häftling zum Lokaltermin „an den Ort seiner grausamen Verbrechen geführt“ werden sollte.

Erwartungsgemäß stießen „Bild“-Rechercheure denn auch prompt auf „ein makabres ‚Volksfest‘ vor dem Mordhaus“, als sie anderntags nachzählen kamen: 127 Menschen „wollten den Mann sehen, der vier Frauen köpft und zerhackte“. Sie warteten, wie das Blatt einfühlsam beklagte, „seit Stunden“ und am Ende „vergeblich auf den Blaubart“.

Routinierte „Bild“-Leser ahnten schon wieder warum. Kripo-Sprecher Manfred Link bestätigt es auch: „Die Polizei hat einen Lokaltermin weder angesetzt noch angekündigt.“

VERSICHERUNGEN

Hang zur Gruppe

Ausgerechnet in ihrem Rekordjahr müssen Westdeutschlands Versicherungskonzerne ihren Besitzstand und ihre Gewinnquellen offenlegen.

Ein verdammt gutes Ergebnis, das beste der Nachkriegszeit“, freute sich Wolfgang Schieren, Chef in Europas größtem Versicherungskonzern Allianz. Dann, wenige Sekunden später, reute den Topmanager seine Siegesmeldung: „Aber das bleibt bitte in diesem kleinen Kreis.“

Was der Münchner Versicherungsboß diskret behandeln sehen möchte, ist unter den Experten unumstritten: Mitten in Rezession und Arbeitslosigkeit blühen die Geschäfte der Assekuranz; als Krisengewinnler können allenfalls die Banken mithalten.

Für die Branche stimmt die Rechnung in fast jedem Bilanzposten: Die

Prämieinnahmen stiegen weiter, die Zahl der Schadensfälle ging in fast allen Sparten des Gewerbes vom Autounfall bis zum Industriebrand deutlich zurück.

Bei der Allianz-Gruppe drückten Vorsicht und Sparsamkeit der Autofahrer, Kurzarbeit und Produktionsstopps in der Industrie 1974 die Schadensquoten um vier Prozent, bei der Victoria-Feuer um fünf Prozent. Die Colonia konnte die Schadensquote im Industriefeuergeschäft gar um 13 Prozent reduzieren.

Zu überaus ansehnlichen Margen verhalf den Konzernen überdies die Anlage ihrer Prämien-Milliarden, die sie als hochprozentige Darlehen staatlichen und industriellen Kreditnehmern weiterreichten, kurzfristig den Banken ausliehen oder als lukrative Industriebeteiligung unterbrachten. So meldeten die Finanzmanager der Colonia ein Aufblühen ihrer Kapitalerträge um fast 21 Prozent auf 83 Millionen Mark. Die gesamte Vermögensmasse der Kölner stieg auf über eine Milliarde Mark an. Einschließlich der Colonia-Lebensversicherung verwaltet die Kölner Gruppe Kapitalanlagen im Wert von gut vier Milliarden Mark.

Besser kann es nur noch der Branchenführer Allianz. Schon Ende 1974 verfügten die Münchner über Vermögenswerte von insgesamt 19,7 Milliarden Mark, davon 6,7 Milliarden allein bei der Sachversicherung. In der Sparte Lebensversicherung kletterten die Erträge aus den Kapitalanlagen um über 22 Prozent auf 415 Millionen Mark.

Die ganze Branche verwaltete zur Jahresmitte ein Vermögen von knapp 150 Milliarden Mark — mehr als der Börsenwert aller deutschen Aktiengesellschaften und mehr als der letztjährige Haushalt der Bundesregierung, die etwa 136 Milliarden ausgab.

Begünstigt wird die Finanzmacht der deutschen Assekuranz durch ihren Hang zu Konzentration und Gruppenbildung. Fast alle großen Gruppen sind zudem miteinander versippt. Wie weit ihre Macht — die vier größten kontrollieren ein Drittel des Marktes — reicht, zeigen die jüngsten Konzernbilanzen, die nach den neuen Publizitätsvorschriften des Versicherungsaufsichtsamtes die Geschäfte und Besitztümer des Gewerbes etwas durchsichtiger machen.

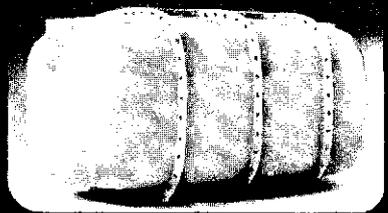
Erstmals für das abgelaufene Geschäftsjahr nämlich verpflichtet die „Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen“ die Branche, „jede Beteiligung an verbundenen Unternehmen“ aufzuführen, und zwar „unter Angabe des verbundenen Unternehmens, des Anteils an dessen Grundkapital in vom Hundert, des Nennbetrags, der Nachzahlungsverbindlichkeit, des Zugangs, des Ab-

Bauherren und Hausbesitzer

Jetzt gibt es den „kellergeschweißten“ Heizöltank aus Kunststoff



Rostfrei,
ölbeständig, langlebig.
25 Jahre Garantie. Gefertigt aus Palatal der BASF und Glasfaser = GFK. Segmentbauweise. **Nachträglicher Einbau möglich.**
Von 2500 bis 40000 l.



Unser Service-Angebot:

Sie messen Ihren Keller aus, nennen uns die gewünschte Füllmenge und wir sagen Ihnen, welcher Tank exakt in Ihren Keller paßt und was er kostet. Bitte ausschneiden, auf Postkarte kleben und einsenden an:

Mannschott

F. Mannschott KG
Tank- und Apparatebau
6921 Reichartshausen/Baden
Tel.: 0 62 62/8 25

Coupon

Name: _____

Beruf: _____

PLZ/Ort: _____

Straße: _____

Heizkellergröße: Länge _____ cm

Breite _____ cm Höhe _____ cm

gewünschte Füllmenge: _____ l.

Name und Anschrift meines Heizungsbauers: _____

® — eingetragenes Warenzeichen